BBB
Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e. V.

vhs
Deutscher Volkshochschul-Verband

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand
GEW

17. Juni 2015

180 Millionen Euro Jahr zusätzlich für die Integration!

Sprachoffensive für Einwanderer dringend erforderlich

Die Bundesregierung muss die Chance ergreifen, die Integrationskurse zehn Jahre nach ihrer Einführung mit einer grundlegenden Reform den veränderten gesellschaftlichen Erfordernissen anzupassen. Darauf weisen die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) und der Bundesverband der Träger Beruflicher Bildung (BBB) am Mittwoch in Berlin hin. Viele Menschen finden derzeit den Weg nach Deutschland. Gleichzeitig wächst die Überzeugung, dass Deutschland eine offensivere Integrationspolitik braucht, nicht zuletzt, um den Folgen des demografischen Wandels zu begegnen.

Reformbedarf sieht das Bündnis insbesondere in drei Bereichen:

- Der Integrationskurs muss geöffnet werden für Asylsuchende und Geduldete. Denn für echte Teilhabe an Gesellschaft und Arbeitsmarkt müssen Einwanderer schnellstmöglich die Landessprache erlernen.
- Die Lehrkräfte müssen leistungsgerecht bezahlt und sozial abgesichert werden, entsprechend den hohen Anforderungen an ihre Qualifikationen und Leistungen.
- Die Träger brauchen mehr Planungssicherheit und müssen bürokratisch entlastet werden, um Zuwanderern einen orts- und zeitnahen Zugang zu einem zuverlässigen und differenzierten Angebot zu ermöglichen.

Für die Reform werden zusätzliche Mittel benötigt, die sich im Vergleich zu ihrem hohen Nutzen für Gesellschaft und Wirtschaft vergleichsweise bescheiden ausmachen: Nach Berechnungen des Bündnisses sind dafür rund 180 Millionen Euro zusätzlich vom Bund nötig. „Das ist gut investiertes Geld in die Zukunft unseres Landes“, betont DVV-Präsidentin Prof. Dr. Rita Süssmuth, „Wir müssen jetzt aber schnell handeln, um die integrationsbereiten Einwanderer nicht zu verlieren.“

Rund 400.000 Asylsuchende werden in diesem Jahr nach Deutschland kommen. Mit den zusätzlichen Mitteln könnten die Kursqualität verbessert, die Lehrkräftevergütung erhöht und ab 2016 immerhin 100.000 Asylbewerbern und Geduldeten eine Teilnahme an einem Sprach-Basiskurs über 300 Unterrichtsstunden ermöglicht werden.

Weiterbildungsverbände und GEW sehen gute Chancen, dass ihre Anregungen aufgegriffen werden, schließlich hat die Bundesregierung im Koalitionsvertrag selbst angekündigt, die Integrationskurse qualitativ weiter zu entwickeln, die Lage der Lehrkräfte zu verbessern und Asylbewerbern einen frühen Spracherwerb zu ermöglichen. „Unsere Lehrkräfte in den Integrationskursen leisten eine gesellschaftlich besonders wertvolle Arbeit. Es ist ein Skandal, dass sie als Freiberufler unterhalb der Bedingungen des gesetzlichen Mindestlohns arbeiten und leben müssen. Wir brauchen ein Mindesthonorar von 30 €, eine wachsende Festanstellung zu qualifikationsangemessenen Bedingungen und auf Dauer mit dem öffentlichen Schuldienst vergleichbare Bedingungen“, fordert Marlis Tepe, Vorsitzende der GEW.

Das aktuelle Kurssystem ist weder auf die Zielgruppe der Asylsuchenden noch auf die Förderung von Fachkräften ausgerichtet. Gut ausgebildete Zuwanderer/innen brauchen aber ein auf sie zugeschnittenes Kursangebot. „Die Einführung der Integrationskurse vor zehn Jahren war gut, wichtig und wegweisend. Jetzt müssen wir sie aber dringend den geänderten Realitäten anpassen“, stellte der BBB-Vorstandsvorsitzende Thiemo Fojkar fest.

Diese Pressemitteilung nebst Anlagen der Pressemappe finden Sie unter: http://www.gew.de/Page27556.html

Ansprechpartner:

Thiemo Fojkar	Ulrich Aengenvoort	Ulf Rödde
BBB e.V.	Deutscher Volkshochschul-Verband e. V.	GEW-Hauptvorstand
Telefon: 030 / 20454849	Telefon: 0228 / 9756919	Telefon: 069 / 789 73-114
Thiemo.Fojkar@internationaler-bund.de	aengenvoort@dvv-vhs.de	ulf.roedde@gew.de